

★ TOP



Heike Heim: „DEW21 ist auch für die kommenden Jahre gut aufgestellt“. (Foto: DEW21/Schumann)

INTERVIEW MIT HEIKE HEIM, DEW21

"Energiekrise als Bewährungsprobe"

Dortmund (energate) - Die bisherige Vorsitzende der Geschäftsführung von DEW21, Heike Heim, wechselt zum 1. Juni an die Vorstandsspitze der Dortmunder Stadtwerkeholding DSW21. Vor dem Start in die neue Aufgabe blickt sie im Gespräch mit energate auf ein besonders herausforderndes Jahr zurück. Die "exorbitante Preisrallye an den Energiemärkten mit den damit einhergehenden Herausforderungen für Handel, Risiko- und Liquiditätsmanagement" sei unter dem Strich eine der zentralen Herausforderungen des Jahres 2022 gewesen, sagte Heim. Die Folge sei ein höherer Informationsbedarf und mehr Unsicherheit bei den Kunden gewesen. 2022 hatte DEW21 mehr als 800.000 Servicekontakte und verschickte mehr als 1,25 Mio. Briefe an Kundinnen und Kunden, erklärte sie.

Das letzte Geschäftsjahr mit Heim an der Spitze schließt DEW21 insgesamt mit einem operativen Ergebnis (Ebit) von 92,9 Mio. Euro ab. Trotz Absatzrückgängen aufgrund der kundenseitigen Einsparmaßnahmen habe der Versorger einen Rekordumsatz von 1,190 Mrd. Euro erzielt. "Die solide operative Performance des Vertriebs- und Handelsgeschäfts hat auch dazu beigetragen, dass wir im Jahr 2022 in der DEW21 GmbH ein über Plan liegendes Ergebnis in Höhe von 54,8 Mio. Euro erzielt haben", erklärte Heim.

Stadtenergie manövriert sich durch die Krise

Die Energiebeschaffungskrise stellte nicht nur die DEW21 selbst, sondern auch die bundesweite Vertriebsmarke Stadtenergie vor Herausforderungen. Erst Ende 2020 als "digitales Schnellboot" des Versorgers gestartet, musste das Unternehmen kurz darauf schon ge-

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

"Energiekrise als Bewährungsprobe" 1

🏠 POLITIK

Bewegung bei kommunaler Wärmeplanung und im Heizungsstreit 2

FDP will Spitzenverdiener von Steuern auf Energiehilfen befreien 3

Wasserstoff: Deutschland und Irland kooperieren 4

🏢 UNTERNEHMEN

Engie Deutschland bekommt einen neuen CEO 4

Fraunhofer-Start-up punktet bei Investoren 5

Eon will Preise senken 5

🔥 STROM

EnBW-Klage gegen Stromio scheidet 5

Spatenstich für 220-MW-Batterieprojekt 6

Konverterstation Meerbusch geht in Bau 6

Sens errichtet zwei PV-Anlagen für Trianel 6

"Wir schließen die Batterien direkt ans Höchstspannungsnetz an" 6

🔥 GAS & WÄRME

BP will ab 2028 Wasserstoff in Deutschland liefern 7

Wilhelmshaven: Zweites LNG-Terminal ohne Chlor 8

TES und Total prüfen Anlage für synthetisches Methan in den USA 8

"Krisenjahr hat Stärken des kommunalen Querverbands gezeigt" 8

🌟 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Heimspeichermarkt weiter auf Wachstumskurs 9

Eon kündigt 4.500 Schnelllader in Europa an 9

"Die Digitalisierung des Energiesystems ist einer der stärksten Hebel" 10

ÖSTERREICH

Kundenkommunikation als entscheidender Faktor 10

"Bei Grün-Gas-Gesetzen passiert seit Jahren nichts" 11

Deca: "Keine Kompromisse bei Energieeffizienz" 11

Gas im Großhandel so billig wie zuletzt 2021 12

gen eine Krise ankämpfen. "Die Energiekrise war schon für etablierte Versorgungsunternehmen eine echte Herausforderung", so Heim. Für ein junges, schnell wachsendes Unternehmen mit Start-up-Charakter sei diese Krise dann zu einer echten Bewährungsprobe geworden.

Auch aus der Serviceperspektive habe die Energiekrise das vertriebliche Geschäftsmodell beider Unternehmen an die Grenzen gebracht. Die Situation habe die Stadtenergie dennoch "erfolgreich

gemeistert und konnte zum Jahresabschluss 2022 einen mittleren fünfstelligen Kund*innenbestand verzeichnen", so Heim. Die Vertriebs Tochter des Dortmunder Versorgers wachse planmäßig im Umsatz. In der Krise habe sich dabei gezeigt, wie wertvoll der digitale Geschäftsaufbau ist, "da er Reaktionen auf Marktentwicklungen mit hoher Flexibilität und kurzer Umsetzungsdauer ermöglicht".

Interimslösung an der DEW21-Spitze

Nach fast sechs Jahren im Amt beim DEW21 wechselt Heim zum 1. Juni in die Dortmunder Stadtwerkeholding, DSW21, wo sie den Vorstandsvorsitz übernimmt. Gerhard Holtmeier wurde als Interimsmanager in die DEW21-Geschäftsführung berufen. Peter Flosbach, technischer Geschäftsführer bei DEW21, fungiert dabei als Sprecher der Geschäftsführung. Vor ihrem Abschied von DEW21 zeigt sich Heim zuversichtlich, dass der Versorger dank einer leistungsstarken Mannschaft und einer soliden Unternehmensstrategie für die kommenden Jahre gut aufgestellt sei. "Und in meiner neuen Rolle als Vorsitzende des DSW21-Vorstands werde ich weiterhin, wenngleich in einer anderen Konstellation, der DSW21-Familie und damit DEW21 erhalten bleiben", verspricht Heim. /am

Von Artjom Maksimenko

POLITIK

WÄRMEWENDE

Bewegung bei kommunaler Wärmeplanung und im Heizungsstreit

Berlin (energate) - Die Ampel-Koalition hat das vom Bauministerium vorgelegte Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung zur Beratung mit Ländern und Verbänden freigegeben. Der Entwurf geht nun in die Verbändeanhörung, bestätigte eine Sprecherin des Bauministeriums gegenüber energate. Der weitere Zeitplan sei noch in der Abstimmung, ein Beschluss des Gesetzes im Kabinett noch vor der Sommerpause sei aber das Ziel, sagte sie. Zuvor

hing das Gesetz in der Ressortabstimmung fest, da FDP-geführte Ministerien Bedenken angemeldet hatten. Auch jetzt hat die FDP offenbar noch inhaltliche Zweifel, wie Berichten zufolge aus Kreisen des Bundesfinanzministeriums zu vernehmen ist.

Mit der kommunalen Wärmeplanung sollen Kommunen, Stadtteile und Quartiere eine Planung für die klimaneutrale Wärmeversorgung aufstellen. "Neben der dezentralen Wärmeversorgung über individuelle Lösungen wie beispielsweise die Wärmepumpe ermöglicht die kommunale Wärmeplanung Millionen von Haushalten Planungs- und Investitionssicherheit für einen zentralen, kosteneffizienten und sozial verträglichen Wärmeanschluss in der Zukunft", sagte dazu Bernhard Daldrup, bau- und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Ziel sei es, dass Länder und Kommunen die für sie besten Optionen einer zukunftssicheren Wärmeversorgung identifizieren und unter Beteiligung von Netzbetreibern vor Ort umsetzen können. "Mit dem Entwurf schaffen wir endlich einen einheitlichen Zeitplan für alle", so Daldrup.

Das Vorhaben ist dabei eng mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) verknüpft. "Zentral wird sein, die Wärmeplanung bestmöglich mit dem Gebäudeenergiegesetz zu verzahnen", sagte Daldrup. Der Zeitplan des GEG solle ebenso eingehalten werden wie der für die kommunale Wärmeplanung, damit beide Gesetze ab 2024 Rechtskraft hätten.

Kompromissvorschläge von Habeck

Eben dieser Zeitplan ist unter Druck geraten, nachdem die FDP das sogenannte Heizungsgesetz ausgebremst hatte und es nicht wie geplant am 24. Mai in erster Lesung im Bundestag beraten werden konnte. Doch nun gibt es Signale für eine Annäherung: Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte die Berichterstatter des Gebäudeenergiegesetzes zum Gespräch geladen und zuvor schon neue Vorschläge zum Gesetz gemacht. So könnte der geplante Starttermin 1. Januar 2024 zunächst nur für Neubauten gelten und für Altbauten mehr Zeit eingeräumt werden.

Weitere Änderungen betreffen die Nutzung von Holzpellets und eine "große Fernwärmeoffensive" im städtischen Bereich. Habeck



100% ERNEUERBARE FÜR ALLE.

GP JOULE ist in allen Teilen der Energie-Wertschöpfungskette aktiv: von der Erzeugung bis zur Nutzung. Wir beraten, finanzieren, projektieren, bauen und sorgen für den passenden Service. Wir produzieren und vermarkten Wind- und Solarstrom, grünen Wasserstoff und Wärme.

GP-JOULE.DE

GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY.

kündigte dazu einen Fernwärmegipfel an. Auch die Planung mit den Kommunen will er besser verzahnen sowie großzügigere Härtefallregeln prüfen. Er wolle das Gesetz noch besser machen, sagte Habeck und warb für eine "konstruktive Lösung" nach der "heftigen Debatte der letzten Tage".

FDP zeigt sich unklar

Auch SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert zeigt sich optimistisch, dass die Ampel-Koalition eine Lösung im "Heizungsstreit" findet. Wichtig sei, vor der parlamentarischen Sommerpause durch das parlamentarische Verfahren durch zu sein, sagte Kühnert im "ZDF-Morgenmagazin". Die nächste Sitzungswoche im Bundestag beginnt am 14. Juni. Dann könnte die GEG-Reform zum ersten Mal beraten werden.

Vom Koalitionspartner FDP kommen indes weiter uneindeutige Signale. So beharrt FDP-Vize Wolfgang Kubicki gegenüber der "Funke-Mediengruppe" auf der schriftlichen Beantwortung der 101 Fragen zum Heizgesetz, von denen 77 an das Wirtschaftsministerium weitergeleitet wurden. Fraktionsvize Lukas Köhler hatte sich hingegen im "ZDF-Morgenmagazin" erfreut gezeigt, dass nun "Bewegung in der Sache" sei. Der FDP-Finanzpolitiker Frank Schäffler wiederum bestritt im Sender "Welt TV" die Grundsatzeinigung über die kommunale Wärmeplanung.

Umwelt- und Wirtschaftsverband fordern Klarheit

Die FDP solle "ihr Kasperletheater endlich beenden", kommentierte Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH). "Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie zukunftsorientierte Wirtschaftsbranchen brauchen jetzt klare Orientierung und Fristen. Ansonsten drohen fossile Panikkäufe für Bewohnerinnen und Bewohner zur Kostenfalle zu werden", sagte sie. Einen "Freibrief von Holzbiomasse" sowie eine Verschiebung der Anforderungen für den Gebäudebestand lehnt sie ab.

Timm Kehler, Vorstand des Branchenverbandes Zukunft Gas, forderte klare Regeln für Wasserstoff: "Das Parlament muss die Regeln für die Gasnetze im Gebäudeenergiegesetz so ändern, dass

Wasserstoff zu einer echten Option werden kann", sagte er. Auch die Übergangsfristen für die Umstellung der Gasnetze müssen aus seiner Sicht an die Fristen für Wärmenetze angepasst werden, um einen realistischen Wasserstoffhochlauf zu ermöglichen. /ck

Von Carsten Kloth

MEDIENBERICHT

FDP will Spitzenverdiener von Steuern auf Energiehilfen befreien

Berlin (energate) - Der Aufwand, Steuern auf die vom Staat gezahlten Energiebeihilfen zu erheben, ist zu groß. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) will daher darauf verzichten.

Aufgrund der Preisentwicklung und des geringeren Umfangs der Staatshilfe stehe der Bürokratieraufwand in keinem Verhältnis mehr zum Aufkommen, sagte Lindner gegenüber der FAZ. Auf die Besteuerung solle daher verzichtet werden. Nach Schätzungen des Finanzministeriums würde allein eine Besteuerung der sogenannten Dezemberhilfen beim Gas einen Aufwand von 260 Mio. Euro verursachen, bei geschätzten Einnahmen von 110 Mio. Euro.

Lindner reagierte damit auf Hinweise aus den Ländern und Kritik aus der Opposition. Die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann, lobte die Ankündigung. "Es ist gut, dass der Bundesfinanzminister sich jetzt innerhalb der Ampel durchsetzt und somit auf unseren jüngsten Antrag im Bundestag zum Verzicht auf die Besteuerung der Preisbremsen von vergangener Woche reagiert", sagte sie. Die Bundesregierung müsse nun zügig einen Gesetzentwurf vorlegen.

Es geht um Soli-zahlende Gutverdiener

Infolge der Energiepreiskrise hatte die Bundesregierung den Dezemberabschlag für Gas im Jahr 2022 übernommen. Gutverdienende Verbraucherinnen und Verbraucher sollten die Einmalzahlung allerdings versteuern. Der Abschlag werde für Steuerpflichtige, die die Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer (Solidaritätszuschlag) entrichten, mit der Abrechnung der Versorger und Verwalter frühestens für den Veranlagungszeitraum 2023 zu versteuern

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

sein, hieß es vonseiten des Bundeswirtschaftsministeriums. Es gehe um die Schaffung eines sozial gerechten Ausgleichs.

Auch die Entlastungen aus der Gaspreisbremse sollten Spitzenverdiener, wenn sie den Solidaritätszuschlag zahlen müssen, versteuern. Wer weniger als 16.956 (Einzelveranlagung) oder 33.912 Euro (Zusammenveranlagung) im Jahr an Einkommens- oder Lohnsteuer bezahlt, muss keinen Solidaritätszuschlag mehr entrichten und ist von der Besteuerung der Energiehilfen ohnehin ausgenommen. /ck
Von Carsten Kloth

FORSCHUNGSPROJEKT

Wasserstoff: Deutschland und Irland kooperieren

Berlin/Dublin (energate) - Deutschland will künftig grünen Wasserstoff aus Irland importieren. Die Insel verfügt über große Windenergiepotenziale an Land und zu Wasser. Irland sei perspektivisch daher eines der wenigen europäischen Exportländer von grünem Wasserstoff, teilte das Bundesforschungsministerium mit, ohne konkrete Zahlen zu nennen.

Damit Deutschland irischen Wasserstoff bekommt, wollen die Partner gemeinsam zu dem Energieträger forschen. Im Zentrum steht ein Pilotprojekt für eine grenzüberschreitende Wasserstoffwertschöpfungskette, von der alle Beteiligten profitieren sollen. Der Parlamentarische Forschungsstaatssekretär Mario Brandenburg (FDP) und Eamon Ryan, Umweltminister der Republik Irland, unterzeichneten jetzt eine entsprechende Absichtserklärung.

In Zukunft werde Irland grünen Wasserstoff "weit über den Eigenbedarf hinaus produzieren und exportieren" können, ist das Forschungsministerium überzeugt. Wasserstoff und seine Folgeprodukte wie etwa Ammoniak gelten als zentraler Hebel für die Energiewende. Deutschland ist und bleibe ein Nettoimporteur von Energie, betonte Forschungsstaatssekretär Brandenburg weiter. Partnerschaften mit Ländern, die über ein hohes Maß an erneuerbaren Energiequellen verfügen, seien daher überaus wichtig. /dz
Von Daniel Zugehör



UNTERNEHMEN

PERSONALIE

Engie Deutschland bekommt einen neuen CEO

Köln (energate) - Engie Deutschland vollzieht einen Wechsel im Topmanagement. Der amtierende CEO Manfred Schmitz (Jahrgang 1961) wird den Konzern nach mehr als 20 Jahren Unternehmenszugehörigkeit auf eigenen Wunsch verlassen, teilte das Unternehmen mit. Obwohl Schmitz erst zum Jahresende 2023 ausscheidet, übernimmt Eric Stab als auserkorener Nachfolger bereits ab Juni seine neuen Aufgaben. Bis Jahresende bilden die beiden Manager eine Doppelspitze als Co-CEOs. Danach wird Stab Alleinverantwortlicher Deutschland-Chef bei Engie.

Der 53-jährige, designierte Chef der Deutschlandsparte des französischen Konzerns steht seinerseits seit mehr als 30 Jahren in Diensten von Engie und deren Vorgängergesellschaft Gaz de France. Aktuell verantwortet Stab seit gut 13 Jahren das Rumäniengeschäft. Zuvor war er in verschiedenen Leitungspositionen aktiv, unter anderem in Großbritannien und Osteuropa. Ab Juni ist Stab nun offiziell Country Manager und Co-CEO der Engie Deutschland AG sowie Geschäftsführer der Engie Deutschland GmbH. Operativ trägt er auf der neuen Position zudem die Verantwortung für das Netzgeschäft von Engie in Deutschland. Als Managing Director Europe soll Stab weiter das gesamteuropäische Netzgeschäft des französischen Konzerns leiten.

Schmitz hinterlässt ein wachsendes Unternehmen

Unter Schmitz` Ägide hat sich Engie Deutschland kontinuierlich positiv entwickelt. Der Konzern beziffert die jährliche Wachstumsrate der Sparte seit 2002 auf durchschnittlich 8 Prozent. Dabei entwickelte sich das Unternehmen zum Dienstleister und Lösungsanbieter Klimaneutralität. In Deutschland ist die Engie-Gruppe unter anderem als Direktvermarkter von Ökostrom und Flexibilität aktiv. Ein Schwerpunkt legt die Gruppe auf Dekarbonisierungslösungen für Industriekunden. /pa
Von Philip Akoto



Uniting Our Energy: Business & Brand

WINGAS & astora
werden Teil der
Marke SEFE.



30 MILLIONEN EURO

Fraunhofer-Start-up punktet bei Investoren

Freiburg (energate) - Der Solarwaferproduzent Nexwafe hat sich 30 Mio. Euro Frischkapital gesichert. Mit dem Geld will das Unternehmen unter anderem den Bau seiner ersten kommerziellen Fabrik in Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) für die Vorprodukte von Solarzellen beschleunigen. Für die zweite Jahreshälfte ist eine weitere Finanzierungsrunde geplant, die größer ausfallen soll.

Nexwafe wirbt damit, grüne Solarwafer herzustellen - also besonders umweltfreundlich, energiesparend und kostengünstig zu produzieren. Dazu wendet das Unternehmen eine nach eigenen Angaben neue Herstellungsmethode an. In dem patentierten Verfahren werden nicht - wie sonst üblich - zunächst Silizium-Rohblöcke (Ingots) produziert, um daraus Wafer zu schneiden. Nexwafe stellt die Wafer in einem Schritt her.

Das erst 2015 aus dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE ausgegliederte Unternehmen ist auch außerhalb Europas unterwegs. Mit der Unterstützung von Aramco Ventures, dem Risikokapitalarm des Erdölkonzerns Saudi Aramco, will Nexwafe auch eine Wafer-Fabrik in Saudi-Arabien bauen. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung sei unterzeichnet worden, eine Investitionssumme nennt Nexwafe jedoch nicht. Aramco Ventures verwaltet einen Nachhaltigkeitsfonds im Umfang von umgerechnet rund 940 Mio. Euro. [/dz](#)

Von Daniel Zugehör

+++ KURZ NOTIERT +++

Eon will Preise senken

Essen (energate) - Der Energiekonzern Eon kündigt für September niedrigere Preise für seine Strom- und Gaskunden an. Beim Strom soll es im Schnitt um 18 Prozent günstiger werden, beim Gas um 28 Prozent, erklärte Eon-Energie-CEO Filip Thon. Mit dem Schritt löse das Unternehmen sein Versprechen ein, "den Spielraum für Preissenkungen zu nutzen, sobald er gegeben ist", betonte er weiter. Die sinkenden Preistendenzen im Großhandel haben sich laut Unternehmensangaben verfestigt. In Grundversorgungsgebieten wird Eon die Preise daher vor dem Beginn der Heizperiode am 1. September senken. Auch Haushalte mit Sonderverträgen sollen profitieren. Nach eigenen Angaben versorgt Eon rund 14 Mio. Kunden. [/kw](#)

 STROM

RECHTSSTREIT UM KÜNDIGUNGEN

EnBW-Klage gegen Stromio scheitert

Düsseldorf (energate) - Eine Klage der EnBW gegen den Stromdiscounter Stromio ist in erster Instanz gescheitert. Es geht um rund 6 Mio. Euro Aufwandsentschädigung, die der Karlsruher Konzern von dem Kaarster Energievertrieb fordert. Stromio hatte am ersten Höhepunkt der Energiepreiskrise

Ende 2021 vielen Zehntausenden Kunden gekündigt, die Grundversorger wie EnBW aufnehmen mussten. Trotz der erstinstanzlichen Niederlage vor dem Landgericht Düsseldorf wertet die EnBW das Urteil des Gerichts in Teilen positiv. Zugleich kündigte ein Konzernsprecher gegenüber energate an, dass EnBW in Berufung gehen werde. Eine Anfrage dazu, wie Stromio das Urteil bewertet, blieb zunächst unbeantwortet.

Im Detail ging es für die EnBW um "mehr als 40.000 Kunden", die kurzfristig in die Grundversorgung des Konzerns gefallen waren, zu einer Zeit, als die extremen Preisspitzen an den Großhandelsmärkten gleich mehrere kleinere Energievertriebe in die Insolvenz getrieben hatten, darunter auch die Stromio-Schwestergesellschaften Grünwelt Energie und Gas.de. Stromio hatte die Preisentwicklung zum Anlass genommen, der Kundschaft kurzfristig zum 21. Dezember 2021 zu kündigen, was die Verbraucher ab dem Folgetag zum jeweiligen Ersatzversorger brachte. Die EnBW will die so entstandenen Mehrkosten in der Beschaffung von Stromio zurück.

Kündigungen: Gericht sieht rechtswidriges Vorgehen bei Stromio

So kommt es mit dem Richterspruch, der am 17. Mai erging, bis auf Weiteres nicht. Dass der Karlsruher Konzern dem Urteil dennoch etwas Positives abgewinnt, hat zwei Gründe: "Das Wichtigste für die EnBW ist, dass das Gericht im Urteil klar festgestellt hat, dass Stromio mit der kurzfristigen Kündigung der Stromlieferverträge rechtswidrig gehandelt hat", erklärte ein Konzernsprecher. Dies sei eine gute Nachricht für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie alle Grundversorger. "Darüber hinaus hat das Gericht auch festgestellt, dass der EnBW ein Anspruch gegen Stromio zusteht", so der Sprecher weiter. Allerdings habe dem Gericht der Nachweis der EnBW über die Höhe des entstandenen wirtschaftlichen Schadens nicht ausgereicht. "Das können wir nicht nachvollziehen und halten das auch rechtlich nicht für haltbar", begründete der Konzernsprecher die angekündigte Berufung.

Politik reagierte mit EnWG-Novelle

Die vielfältigen Havarien und Lieferstopps von mehrheitlich kleineren Energieanbietern hatten bundesweit zahlreiche Stadwerke vor große Herausforderungen gestellt und verschiedene Debatten ausgelöst. Weil Stromio bei den Kündigungswellen und Lieferstopps eine größere Rolle spielte, hatte die Verbraucherzentrale Hessen 2022 eine Musterfeststellungsklage auf den Weg gebracht. Das Verfahren dazu ist noch nicht eröffnet.

Die Bundesregierung hatte im Sommer 2022 mit einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) reagiert. Seither sind Kündigungen von Lieferverträgen an strengere Vorgaben geknüpft. Will ein Anbieter diesen Weg gehen, muss er dies der Bundesnetzagentur sowie den betroffenen Kunden und Netzbetreibern mit drei Monaten Vorlauf ankündigen. Verstöße dagegen kann die oberste Regulierungsbehörde mit Bußgeldern sanktionieren. [/pa](#)

Von Philip Akoto

REGELENERGIE

Spatenstich für 220-MW-Batterieprojekt

Grevenbroich (energate) - RWE hat offiziell mit dem Bau eines 220-MW-Batteriespeicherprojektes begonnen. Am 31. Mai erfolgte der erste Spatenstich am Standort Neurath im Rheinischen Braunkohlerevier (NRW). Hier entsteht ein 80 MW-Batteriespeicher. Ein zweiter mit einer Leistung von 140 MW wird am stillgelegten Kraftwerk Westfalen am Standort Hamm gebaut. "Dank bestehender Flächen und bester Netzanschlüsse sind die Standorte bestens geeignet", sagte RWE Power-Vorstand Lars Kulik. Zudem seien hier auch die Fachkräfte vorhanden, um die Speicher zu betreiben. Die entsprechende Investitionsentscheidung über 140 Mio. Euro für das Projekt hatte RWE im November 2022 gefällt. Davon entfallen 50 Mio. Euro auf den Standort Neurath. Die Inbetriebnahme ist für das dritte oder vierte Quartal 2024 geplant.

Virtuelles Regelenergiekraftwerk

Die Großbatterien sind für den Einsatz am Regelenergiemarkt vorgesehen. Dazu werden sie virtuell mit dem Kraftwerkspark von RWE verbunden - im ersten Schritt mit Pumpspeicherkraftwerken, wie Projektleiter Sasikaran Ramanathan im Gespräch mit energate erläuterte (siehe Interview in dieser Ausgabe). Das Einbeziehen einer Großbatterie mit insgesamt 220 MW sei auch für RWE neu, sagte Kulik. Seit Anfang 2023 betreibt RWE schon an den Standorten Lingen und Werne ein weiteres großes Batterieprojekt mit insgesamt 120 MW. Diese soll mit den Laufwasserkraftwerken an der Mosel gekoppelt werden. Dabei werde zunächst der Batteriespeicher für Regelenergie eingesetzt, erläuterte ein RWE-Sprecher. Gebe es längerfristigen Bedarf für die Regelenergie, kommen die Laufwasserkraftwerke zum Einsatz. Diese halten normalerweise rund zehn Prozent des Wassers zurück.

Gesellschaftsübergreifende Zusammenarbeit

Die Großbatterien in Neurath und Hamm sind ein Gemeinschaftsprojekt der RWE-Sparten: Geplant wurde das Vorhaben von RWE Supply and Trading, die auch für die Vermarktung und den Betrieb zuständig sein wird, umgesetzt wird es nun von RWE Technology auf dem Gelände von RWE Power. Es sei nicht möglich gewesen, ohne die "Bündelung gesellschaftlicher Expertise", stellte Ramanathan klar. /sd
Von Stefanie Dierks

NETZAUSBAU

Konverterstation Meerbusch geht in Bau

Dortmund (energate) - Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion hat nach jahrelangen Streitigkeiten mit Anwohnern und der Kommune die Bauarbeiten für die Konverterstation in Meerbusch-Osterath aufgenommen. 2026 soll die Umspannung in Betrieb gehen, teilte Amprion mit. Dann soll das Netzbetriebsmittel als Bindeglied zwischen den zwei Gleichstrom-Netzausbauprojekten A-Nord und Ultranet fungieren. Die beiden Leitungen bilden in Kombination eine der zentralen Nord-Süd-Stromtrassen und reichen von Emden an der Nordsee bis Phil-

ippsburg in Baden-Württemberg. Da in Meerbusch zwei Leitungen zusammenlaufen, entsteht vor Ort ein sogenannter Multiterminal-Konverter - der erste in Deutschland. Amprion beziffert das Investitionsvolumen für das Projekt auf 600 Mio. Euro.

Ende 2022 hatte der Rhein-Kreis Neuss nach Prüfung der Umweltverträglichkeit die Baugenehmigung erteilt. Dem voraus gegangen waren jahrelange Kontroversen um das Bauvorhaben und Proteste von Bürgerinitiativen. Entsprechend sprach Christian Bommers (CDU), Bürgermeister von Meerbusch, anlässlich der Grundsteinlegung von "gemischten Gefühlen". "Rund ein Jahrzehnt lang hat sich die Stadt Meerbusch mit allen zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln gegen den Standort des Konverters in Osterath gewehrt", sagte er. Der Protest habe den Bau nicht verhindert, "aber dennoch vieles zum Besseren gewendet". Amprion hatte aufgrund der Einwände der Stadt den Standort um wenige hundert Meter verschoben. /rb
Von Rouben Bathke

+++ KURZ NOTIERT +++

Sens errichtet zwei PV-Anlagen für Trianel

Bettingen (energate) - Der Solardienstleister Sens hat in Rheinland-Pfalz zwei Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 36 MW fertiggestellt. Den Bau der Freiflächenanlagen in Bettingen (14 MW) und Halsdorf (22 MW) im Bitburger Land hat das Würzburger Unternehmen für die Stadtwerkekooperation Trianel realisiert, teilte Sens mit. Sens ist eine hundertprozentige Tochter der Essener Iqony GmbH (ehemals Steag). Die zwei neuen Freiflächenanlagen folgen auf fünf bereits existierende Projekte, die Sens als EPC-Dienstleister für die Trianel GmbH umgesetzt hatte. /am

ADD-ON STROM

"Wir schließen die Batterien direkt ans Höchstspannungsnetz an"

Grevenbroich (energate) - Am 31. Mai erfolgte der offizielle Spatenstich für das Großbatterieprojekt von RWE. energate sprach mit Lars Kulik, Vorstandsmitglied der RWE Power, sowie Projektleiter Sasikaran Ramanathan von RWE Supply and Trading.

energate: Die Batteriespeicher sollen mit dem RWE-Kraftwerkspark vernetzt werden. Mit welchen Kraftwerken genau?

Ramanathan: Wir koppeln die Technologien erst einmal für die Anlagen, die auch im gleichen Markt unterwegs sind, also Lauf- und Pumpspeicherkraftwerke. In dem Fall wollen wir erst einmal mit den Pumpspeichieranlagen starten, später werden weitere Anlagen hinzukommen.

energate: An welchen Primärenergiemärkten sollen die Speicher teilnehmen?

Ramanathan: Am Primär- und Sekundärregelmarkt.

energate: 80 MW Speicher sollen in Grevenbroich-Neurath entstehen, 140 MW in Hamm. Wie kommt es zu dieser Aufteilung?

Ramanathan: Da kommen verschiedene Faktoren ins Spiel, die so optimiert werden, dass es schließlich zu der entsprechenden Dimensionierung kommt: Flächenverfügbarkeit, Netzanschluss, kommerzielle Einsetzbarkeit, also Wirtschaftlichkeit. Zudem gibt es Synergiegrenzen. Diese ergeben sich etwa, wenn wir viel größer bauen, aber das Optimierungspotenzial nicht vorhanden ist.

energate: An welche Netzebene werden die Batteriespeicher angeschlossen?

Ramanathan: Wir setzen auf die Infrastruktur von Neurath auf und binden den Speicher direkt an die Hochspannungsebene an, 380 kV. Die Batterie selbst läuft auf DC-Niederspannung. Diese Energie transferieren wir über Mittelspannungswechselrichter hoch. Den Strom aus den insgesamt 25 Umrichtern sammeln wir über einen 110 kV-Trafo ein, der den Strom schließlich auf die 380 kV-Ebene weiterleitet.

energate: Am 30. Mai wurde der Reviervertrag 2.0 unterzeichnet. Danach ist 2030 Schluss mit der Braunkohle. Was wird 2030 aus RWE Power?

Kulik: Auch dann wird es RWE Power noch geben. Wir werden 2030 beispielsweise noch weiter für die Rekultivierung zuständig sein. In Garzweiler werden wir bis 2035 noch Tagebaubetrieb haben, zumindest noch Rekultivierungsbetrieb, und ab 2036 noch Wasser in den See Garzweiler einleiten, während aber an anderer Stelle auch noch weitere Rekultivierungsmaßnahmen und Seebefüllung weiterlaufen. Bis 2026 wird noch die Frage geklärt, ob wir noch einen Reservebetrieb von Kraftwerken haben werden. Dieser ist derzeit im politischen Verständnis von 2030 bis 2033 vorgesehen. Das müssen wir noch abwarten. Dann würde gegebenenfalls auch der Braunkohleabbau noch bis zu diesem Datum laufen.

Die Fragen stellte Stefanie Dierks.

GAS & WÄRME

MARKTHOCHLAUF

BP will ab 2028 Wasserstoff in Deutschland liefern

London (energate) - BP will ab 2028 Wasserstoff nach Deutschland importieren und dort vermarkten. Das erläuterte Franz Haking, bei BP in London als Leiter für Wasserstoffinfrastruktur in Nordwesteuropa tätig, im Gespräch mit energate. Ausgangspunkt wird die Produktion von Wasserstoff in Australien sein. Dort wird BP in einem Projekt insgesamt 26.000 MW Erzeugungskapazität für Strom aus Wind- und Solaranlagen bauen. Dazu eine Elektrolyseleistung von 14.000 MW, um Wasserstoff herzustellen. Dieser wird

fast komplett in Ammoniak umgewandelt und exportiert - so der Plan. Neun Mio. Tonnen grünes Ammoniak, beziehungsweise 1,6 Mio. Tonnen grünen Wasserstoff wird BP damit im Portfolio haben.

Ein kleiner Teil soll in Wilhelmshaven ankommen. Im dortigen Energy Hub wird BP das bestehende Importterminal der Nord-West Oelleitung (NWO) um einen Ammoniak-Cracker erweitern und kann dann 130.000 Tonnen Wasserstoff erzeugen. Dem Energiekonzern gehören 59,33 Prozent an NWO (Shell: 20,4 %, Holborn Europa Raffinerie: 20,27 %). Abnehmer des Wasserstoffs werden die BP-Raffinerien in Lingen und in Gelsenkirchen sein. Zudem hat das Unternehmen mit Thyssenkrupp ein Memorandum of Understanding über die Lieferung von grünem Wasserstoff unterzeichnet. Thyssenkrupp wird in Duisburg in einer Direktreduktionsanlage Stahl mithilfe von Wasserstoff erzeugen.

Allianz für neue Pipelineverbindung

Fehlt noch die Transportinfrastruktur von Wilhelmshaven ins Ruhrgebiet. Auch da will BP zumindest beteiligt sein. NWO gehört unter anderem eine 55 Kilometer lange Leitung von Wilhelmshaven in Richtung Süden. Die Leitung wurde nur bis 1982 für Rohöltransporte genutzt und könnte ein Baustein der Transportverbindung sein. Auch die Erdgasspeicher in Etzel, an deren Betrieb BP beteiligt ist, ließen sich teilweise umwidmen und einbinden. Um die Transportverbindung zu realisieren, hat BP mit Gasunie Deutschland (GUD), Nowega, NWO, Salzgitter, Thyssengas und Uniper eine neue Allianz gebildet.

Haking betonte gegenüber energate, im Rahmen der Allianz solle bis 2028 eine ausreichend dimensionierte Pipelineverbindung von Wilhelmshaven in das Ruhrgebiet und in den Raum Salzgitter fertig sein. Gasunie wird in Ergänzung und Verlängerung der NWO-Leitung eine Erdgasleitung zum Wasserstofftransport umwidmen. Diese Leitung endet in Emsbüren bei Lingen. Nowega und Thyssengas sollen anschließend den Leitungsabschnitt bis nach Köln realisieren: "Die ungenutzte NWO-Pipeline spielt dabei eine wichtige Rolle, um den ambitionierten Zeitplan einhalten zu können", sagte Haking. Anders sei eine rechtzeitige Fertigstellung nicht zu gewährleisten.

Schnelle und robuste Lösung gesucht

Die Pipeline wird so dimensioniert sein, dass nicht nur der Transportbedarf der BP erfüllt werden kann. Dritte können Kapazität buchen. Ohne die Pipeline wären die Investitionen in Wilhelmshaven in den Sand gesetzt, so Haking. "Wir brauchen eine schnelle und robuste Lösung." Im Rahmen der Allianz werde sehr konkret über die technischen Dimensionierungen gesprochen. Haking betonte auch, BP verfolge zwar ein vertikal integriertes Projekt, dies sei aber kein Closed Shop. Ganz im Gegenteil, das Unternehmen sei sehr daran interessiert, dass sich auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette andere Unternehmen beteiligen.

Finale Investitionsentscheidungen für die verschiedenen Projekte wurden zwar noch nicht getroffen, aber die Planungen sind sehr konkret und im Rahmen einer sogenannten Concept Design Phase

auch schon mit einem Betrag in Höhe von mehreren Millionen Euro hinterlegt. Ausreichend Sicherheit, dass ein Markthochlauf erfolgt und dass große Mengen Wasserstoff benötigt werden, hat das Unternehmen mittlerweile. Die Planungen wurden deshalb von 2030 auf 2028 vorgezogen. **/hl**

Von Heiko Lohmann

ERDGASIMPORT

Wilhelmshaven: Zweites LNG-Terminal ohne Chlor

Kiel (energate) - Das zweite mobile LNG-Terminal in Wilhelmshaven wird ohne Chlor zur Reinigung der Seewassersysteme auskommen. Die Hasytec Gruppe wird die Floating Storage and Regasification Unit (FSRU) Excelsior mit einer umweltfreundlichen Alternative ausrüsten, die auf Ultraschall basiert, wie das Unternehmen aus Kiel mitteilte. Die Technologie komme bereits auf mehr als 650 Schiffen zum Einsatz.

"Wir sind stolz darauf, dass sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Excelebrate Energy als Schiffseigner und Tree Energy Solutions als Betreiber für unsere nachhaltige Lösung entschieden haben", sagte Jan Kelling, Geschäftsführer und Mitgründer der Hasytec Gruppe. Die Bauarbeiten für das zweite LNG-Terminal sollen im Spätsommer starten, die Excelsior im vierten Quartal 2023 in Wilhelmshaven festmachen.

Nach der Eröffnung des ersten deutschen LNG-Terminals in Wilhelmshaven mit der von Uniper betriebenen Höegh Esperanza hatten Umweltorganisation kritisiert, dass die Systeme der FSRU mit Chlor gereinigt werden, das ungeklärt in die Nordsee geleitet wird. Sie befürchten, dass es dadurch im Umfeld zu Umweltschäden kommen kann. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat Ende März eine Umrüstung der Anlage auf Ultraschall gefordert. Laut Medienberichten führt Uniper dazu Gespräche. **/tc**

Von Thorsten Czechanowsky

INFLATION REDUCTION ACT

TES und Total prüfen Anlage für synthetisches Methan in den USA

Zaventem/Paris (energate) - Tree Energy Solutions (TES) und Total Energies wollen zusammen in den Vereinigten Staaten eine groß angelegte Produktionsanlage für synthetisches Methan aufbauen. Das Projekt soll im Jahr zwischen 100.000 und 200.000 Tonnen sogenanntes e-Natural Gas (e-NG) abwerfen, das aus grünem Wasserstoff und CO₂ hergestellt wird, teilte TES mit. Die beiden Partner setzen darauf, dass das Vorhaben von Steuergutschriften im Rahmen des US-amerikanischen Gesetzes zur Senkung der Inflation (IRA) profitieren wird.

In einem ersten Schritt werde in einem Elektrolyseur mit einer Leistung von 1 GW erneuerbarer Wasserstoff aus Wind- und Solarenergie erzeugt. Diesen stellt Total im Rahmen langfristiger Stromab-

nahmeverträge (PPA) zur Verfügung. Der Wasserstoff wird dann mit biogenem CO₂ zu e-NG kombiniert, das wie Erdgas verflüssigt und transportiert werden kann. "Dieses Produkt bietet zwei wesentliche Vorteile. Erstens erfordert es keine neue logistische Infrastruktur, da e-NG und Erdgas die gleichen Eigenschaften haben und daher in bestehenden Infrastrukturen gemischt werden können", erläuterte Stéphane Michel, President Gas, erneuerbare Energien & Strom bei Total Energies. "Zweitens müssen unsere Kunden ihre derzeitigen industriellen Prozesse nicht ändern."

Vorteile der USA im Standortwettbewerb

Die USA bieten laut Michel viele Vorteile für das Projekt, darunter eine gut entwickelte Gasinfrastruktur, eine wachsende Stromerzeugungskapazität aus erneuerbaren Energien und erhebliche öffentliche Subventionen. Für Marco Alverà, CEO von TES, ist das gemeinsame Projekt "ein Beleg für die Wirksamkeit des IRA". **/tc**
Von Thorsten Czechanowsky

ADD-ON GAS & WÄRME

"Krisenjahr hat Stärken des kommunalen Querverbunds gezeigt"

Karlsruhe (energate) - Aufgrund von Markt- und Regulierungsdruck sinkt das Ergebnis vieler Energieversorger. Gerade auf Kernaufgaben von Stadtwerken wie der Wärme- und Energieversorgung lastet enormer Transformationsbedarf mit weitreichenden Folgen für den kommunalen Querverbund. Doch die Erfahrungen aus dem Krisenjahr weisen Auswege aus dieser Gemengelage auf, denn sie offenbaren wertvolle Stärken.

Ein Gastkommentar von Iman El Sonbaty, Prokuristin, Bereichsleiterin Vertriebe B2B und B2C, Marketing & Operations der Stadtwerke Karlsruhe

Jahrzehntelang galt der kommunale Querverbund, bei dem die Wasser- und Energieversorgung defizitäre Sparten wie Nahverkehr, Entsorgung und andere stützte, als Erfolgsschlüssel. Bis zur Energiekrise waren viele Versorger ergebnisseitig gut aufgestellt, das klassische Energiegeschäft sorgte für verlässliche Cashflows.

Die Turbulenzen an den Energiemärkten haben dies nun infrage gestellt. Viele kommunale Versorger haben nur wenig eigene Stromerzeugungskapazität und wurden durch hohe Einkaufspreise belastet: Obwohl über kommunale Unternehmen 56 Prozent des deutschen Strombedarfs geliefert werden, liegt der Erzeugungsanteil kommunaler Unternehmen nur bei knapp 14 Prozent. Da die von den meisten Stadtwerken wahrgenommene Sicherung der Grundversorgung hohe Flexibilität in der Beschaffung erfordert, kaufen Stadtwerke im Mittel ein Fünftel an den Spotmärkten. Preisspitzen beim Einkauf einerseits, Schutz der Kunden vor zu hohen Verkaufspreisen andererseits, ließen die Gewinne abschmelzen. Das Hinterlegen von Sicherheiten beim Energieeinkauf führte vielerorts zu ernsthaften Liquiditätsengpässen. Hinzu kommen Debitorenverluste: Wurde jahrelang im Mittel von einer Zahlungsausfallquote von unter

einem Prozent kalkuliert, wird heute je nach Sozialstruktur vor Ort mit einem bis zu zehnfachen Wert gerechnet. Mehr denn je gilt: Cash is King, gutes Liquiditätsmanagement ist erfolgsentscheidend.

Die Auswirkungen treffen insbesondere finanzschwache Kommunen, es droht das Abschmelzen sicher geglaubter Beteiligungserlöse - und damit geraten freiwillige kommunale Leistungen auf den Prüfstand.

Defossilisierungsdienstleister für die Energiewende vor Ort

Die Krise trifft die Stadtwerke in einem entscheidenden Jahrzehnt: Wir sind maßgeblich für den nachhaltigen Umbau von Städten und Gemeinden verantwortlich, es bedarf neuer Angebote, unter anderem in den Bereichen nachhaltige Wärmeversorgung, Mobilität und Digitalisierung. Hierzu müssen Netze verstärkt und ausgebaut werden, was hohe Investitionen erfordert. Da die einstige kommunale Cashcow Stadtwerk nun selbst höheren Investitionsspielraum benötigt, zeichnet sich ein Szenario ab, in dem die Finanzkraft der jeweiligen Kommune darüber entscheidet, wie gut die Energiewende vor Ort gelingt und auf welchem Niveau Daseinsvorsorge stattfindet.

Es mag paradox klingen, dennoch hat mir das vergangene Jahr unsere Stärken deutlich vor Augen geführt: das große Vertrauensverhältnis unserer Kunden, die regionale Verbundenheit und nicht zuletzt die gute Zusammenarbeit mit lokalen Stakeholdern. Gerade in der Krise haben wir uns als Stabilitätsanker für unsere Kunden bewährt. Als "Callcenter der Regierung" haben wir den Kunden das Handeln der Regierung erklärt. Die Botschaften, die wir unseren Kunden vermitteln mussten, wurden dadurch zwar nicht besser, dennoch verständlicher. Kunden wollen Aufklärung, passgenaue Lösungsvorschläge und individuelle Beratung. Unsere KundInnen honorieren diesen Dialog, den große Flächenversorger in der Qualität nicht leisten können.

Den Teams hat das sehr viel abverlangt. Das Jahr war geprägt von einem enormen Arbeitspensum und auch von manch verlorener Arbeit - Stichwort Gasumlage. Meine Überzeugung: Leadership - nicht Management - hat uns durch die Krise gebracht. Ein zeitgemäßer Führungsstil, der die MitarbeiterInnen zur Übernahme von Verantwortung befähigt und ihnen dabei konsequent mit Rat und Tat zur Seite steht, hat sich bewährt. Kundenzentrierung, Priorisierung und Fokussierung einerseits, Zusammenarbeit, Agilität und eine "Einfach-mal-machen-Mentalität" andererseits sind unverzichtbare Eigenschaften, ohne die wir die Krise nicht so gut gemeistert hätten.

Es geht schneller als gedacht

Nach dem kurzfristigen Krisenmanagement des letzten Jahres gilt nun der Blick wieder der langfristigen Perspektive. Dabei sind viele Hebel offensiv anzugehen, um einerseits die Energiewende und andererseits auch den kommunalen Querverbund zu sichern. Neben dem betriebswirtschaftlich sinnvollen Handeln und der Sicherung der Liquidität gilt es offen zu sein für Investitionen in neue Geschäftsmodelle, um die zukünftig sinkenden Erträge aus den klassischen Geschäftsfeldern zu kompensieren. Dazu zählt die Gestaltung der Wärmewende, die Digitalisierung und die Entwick-

lung von dynamischen Tarifen in Verbindung mit dem Smart-Meter-Rollout und der Ausbau von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten.

Wenn uns die Krise eines gelehrt hat, dann, dass vieles viel schneller, flexibler und unkomplizierter geht, als wir es uns jahrelang einge-redet und vorgestellt haben. Diese Lektion sehe ich als den größten Gewinn an. Und diese Fähigkeit müssen wir uns beibehalten.



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

ZUBAUSTATISTIK

Heimspeichermarkt weiter auf Wachstumskurs

Bonn (energate) - Die Nachfrage nach Heimspeichern für den eigenen Solarstrom nimmt ungebrochen zu. Allein für das erste Halbjahr 2023 erwarten die Marktforscher von EUPD Research einen Zubau von knapp 240.000 Heimbatterien.

Damit ist die Zahl neu installierter Speichersysteme schon in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres größer als im gesamten Vorjahr, als insgesamt 220.000 Heimspeicher den Betrieb aufnahmen. Als Hauptgrund für die steile Wachstumskurve führt EUPD Research den starken Anstieg im Photovoltaik-Kleinanlagensegment an. Von den 290.000 neuen Aufdachanlagen, die die Marktforscher für das erste Halbjahr prognostizieren, wird der überwiegende Teil mitsamt einem Heimspeicher installiert.

Aufgrund der weiterhin hohen Energiepreise und der positiven Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen sei auch im zweiten Halbjahr mit einem weiteren Wachstum im Heimspeichermarkt zu rechnen, hieß es aus Bonn. Nach Angaben der Marktforscher ist Deutschland nach wie vor der mit Abstand größte Markt für Heimspeicher in Europa. Aufseiten der Hersteller haben sich BYD, Sonnen, Senec und E3/DC als Führungsquartett etabliert. Die vier Anbieter machen drei Viertel des Marktes unter sich aus. /rb

Von Rouben Bathke

LADEINFRASTRUKTUR

Eon kündigt 4.500 Schnelllader in Europa an

Essen (energate) - Der Eon-Konzern hat Aufträge für 4.500 PKW-Schnellladestationen erhalten. Ermöglichen will der Konzern Ladeleistungen von bis zu 400 kW. Die Säulen bezieht er dabei von einem einzelnen Unternehmen: dem italienischen Automobilzulieferer Alpitronic. Eingeplant seien diese für Kundenprojekte und für öffentliches Laden in den kommenden zwei Jahren, und das europaweit, teilte Eon mit.

Das Laden selbst soll zudem einfacher werden: Dafür wollen die Partner unter anderem die Interaktion zwischen Fahrzeug, Schnellladesäule und Abrechnungssystem verbessern - Stichwort Plug and

Charge. Doch auch LKW und schwere Nutzfahrzeuge stehen auf der Agenda. Bis 2024 planen Eon und Alpitronic sogenannte Megawatt-Ladeparks an verschiedenen europäischen Standorten. /dz
Von Daniel Zugehör

ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

"Die Digitalisierung des Energiesystems ist einer der stärksten Hebel"

Essen (energate) - Der Energiekonzern Eon hat sein Angebot im Bereich der Digitalisierung in der Tochtergesellschaft Eon One gebündelt. energate sprach mit Geschäftsführer Tim van Amstel über die Rolle digitaler Lösungen für die Energiewende, das eigene Produktportfolio sowie den Spagat zwischen Großkonzern und Gründerszene.

energate: Herr van Amstel, der Eon-Konzern hat mit Eon One eine Tochtergesellschaft gegründet, die das Geschäft mit digitalen Kundenlösungen bündeln soll. Doch was heißt digitale Lösungen überhaupt? Wie lässt sich das auf konkrete Produkte herunterbrechen?

Van Amstel: Digitale Lösungen beschleunigen die Energiewende, indem sie genau dann zum Einsatz kommen, wenn herkömmliche Ansätze oder Technologien an ihre Grenzen stoßen. Gerade im Zuge der Energiewende gibt es hier immer mehr Herausforderungen, die mit digitalen Lösungen gemeistert werden müssen. Häufig kombinieren diese Lösungen Hardware wie Transformatoren mit Software, um die "physische" Welt mit der digitalen Welt zu verbinden. Dies ermöglicht unter anderem Echtzeitüberwachung, Prozessautomatisierung und Datenverarbeitung. All diese Optimierungen und Vereinfachungen sind notwendig, um etwa Netzanschluss, Netzbetrieb und Energiemanagement für eine schnelle und dezentrale Energiewende vorzubereiten.

energate: Eon One steht vor der Aufgabe, bestehende Initiativen im Bereich der Digitalisierung aus dem Eon-Konzern mit innovativen Technologien aus der Start-up-Szene zu kombinieren. Da treffen Welten aufeinander. Wie gelingt dieser Spagat?

Van Amstel: So weit sind diese Welten gar nicht auseinander. Und die Kombination aus diesen beiden Welten schafft neue Möglichkeiten: Zum einen verbinden wir das Know-how eines branchenführenden Konzerns wie Eon mit der Spitzentechnologie innovativer Tech-Scale-ups. So gelingt es uns, Produkte anzubieten, die zur Digitalisierung aller Arten von energiebezogenen Prozessen helfen - etwas, das nicht viele Unternehmen heute von sich behaupten können.

Das bringt mich zum zweiten Punkt. Es ist entscheidend, diese Lösungen schnell und effizient auszurollen. Mit der Einführung von Scale-up-Lösungen im Eon-Konzern erreichen wir gleich zwei wichtige Ziele. Zum einen verfolgen wir konsequent die Digitalisierungsstrategie von Eon und zum anderen bieten wir den Scale-ups durch unser Ökosystem einzigartige Möglichkeiten der Marktpositionierung. Nicht zuletzt ist dieser kollaborative, integ-

rativ Ansatz ein entscheidender Vorteil für unsere Kunden, denn er eröffnet ihnen die Möglichkeit, zwischen verschiedenen digitalen Lösungen zu wählen, alles aus einer Hand zu beziehen und sich dabei auf einen zuverlässigen Partner wie Eon mit höchsten Sicherheitsstandards zu verlassen.

energate: Wie würden Sie ganz grundsätzlich die Bedeutung der Digitalisierung einordnen, wenn es um die Transformation des gesamten Energiesystems hin zur Klimaneutralität geht?

Van Amstel: Eine erfolgreiche Energiewende geht Hand in Hand mit der Digitalisierung des Energiesystems. Denn nur mit digitalen Lösungen können wir unsere Infrastruktur intelligenter und damit zukunftsfähig machen. Im Zuge der Energiewende werden wir zahlreiche neue Energieerzeugungsanlagen wie Photovoltaikanlagen, Windräder oder auch andere klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen in Energienetze integrieren müssen. Dieser Umbau hin zu einer dezentralen, grünen Energieversorgung gelingt nur, wenn wir über das Energiesystem der Zukunft über die gesamte Wertschöpfungskette - von Erzeugung bis zum Endkunden - digitalisieren.

Unabhängig davon, dass digitale Lösungen für den Zubau neuer, klimafreundlicher Energiequellen unabdingbar sind, können sie schon heute CO2-Emissionen einsparen, indem sie den bestehenden Energieverbrauch optimieren, so die Energiekosten deutlich senken und die Energieeffizienz steigern. Die Digitalisierung des Energiesystems ist daher einer der stärksten Hebel auf dem Weg zu einer klimaneutralen Energieversorgung.

Die Fragen stellte Rouben Bathke.

ÖSTERREICH

ENERGIEKRISE

Kundenkommunikation als entscheidender Faktor

Wien (energate) - Das Jahr 2022 war auch aufseiten der Energiekunden und -kundinnen von großen Unsicherheiten geprägt. Neben zahlreichen Preisanpassungen durch Energieanbieter sorgten vor allem Änderungen der Geschäftsbedingungen sowie Kündigungen von Verträgen für Verunsicherung bei den Konsumenten und Konsumentinnen. Dabei ergaben sich viele der Probleme aus einer nicht adäquaten Kundenkommunikation der Unternehmen, erklärte Johannes Mayer, Leiter der Abteilung Volkswirtschaft bei der E-Control, auf einer Veranstaltung der Regierungsbehörde in Wien.

Oft seien vor allem die Vertragsbedingungen für die Konsumenten und Konsumentinnen nicht klar genug gewesen. Die Energieanbieter wiederum zeigten sich in ihrer Krisenkommunikation häufig überfordert und planlos. Auch ein Mangel an Personal spielte hier eine wichtige Rolle, so Mayer.

Aspekte einer guten Krisenkommunikation

Damit Kommunikation in der Krise gelingt, sind einige Faktoren entscheidend, erläuterte Renate Renner vom Lehrstuhl für Thermoprozesstechnik an der Montanuniversität Leoben. So sei es wichtig, die Informationen klar, kurz sowie verständlich und gut strukturiert zu präsentieren. Darüber hinaus müssten die Quellen einfach zugänglich sein. In der Sprachwahl sei es von Vorteil, möglichst "bildhaft" zu kommunizieren und Kerninformationen häufig zu wiederholen. Zudem sollten die angesprochenen Problemstellungen immer von lösungsorientierten Botschaften flankiert werden, sagte Renner.

Jedenfalls sei es entscheidend für Unternehmen, gegenüber Kunden und Kundinnen Vertrauen aufzubauen. Dies gelinge am besten über eine frühzeitige, aktive sowie sachliche und transparente Kommunikation. Dabei sollten die gelieferten Informationen möglichst kontinuierlich, koordiniert sowie einheitlich über etablierte Kommunikationskanäle stattfinden.

"Markteingriffe ungeeignet für Krisenmanagement"

E-Control-Vorstand Alfons Haber ging in seinem Vortrag auf die Forderungen der Öffentlichkeit an die Regulierungsbehörde ein, stärker in den Energiemarkt einzugreifen. Dabei würden sich Eingriffe in den Großhandelsmarkt, etwa beim viel diskutierten Merit-Order-Prinzip, erst mit einer Verzögerung von etwa drei bis fünf Jahren bemerkbar machen, erklärte Haber. Dieser Zeitrahmen sei hauptsächlich auf notwendige Anpassungen bei den IT-Systemen zurückzuführen.

Daher seien solche Maßnahmen zum Krisenmanagement ungeeignet. Selbst bei der Preisregulierung vor der Liberalisierung des Energiemarktes mussten kostendeckende Preise festgesetzt werden. Somit hätten sich höhere Großhandelspreise auch in höheren Endkundenpreisen niedergeschlagen, so der Experte. /af

Von Alexander Fuchssteiner

GASWIRTSCHAFT

"Bei Grün-Gas-Gesetzen passiert seit Jahren nichts"

Wien (energate) - Beim Thema Gasversorgung fordert Österreichs Gaswirtschaft das Energieministerium zum Handeln auf. Vorschläge für den Ausbau der Biogasproduktion im Inland habe die Branche schon vor langer Zeit gemacht, so der Fachverband Gas Wärme (FGW). Passiert sei bisher nichts, so Verbandsobmann Peter Weinelt: "Wir warten seit Jahren auf die entsprechenden Gesetze." Deutliche Kritik übt der Verband auch an der deutschen Gasspeicherumlage, die der FGW als "EU-rechtswidrig" bezeichnet. Auch hier müsse die österreichische Bundesregierung aktiv werden und "verstärkt Druck in Richtung EU-Kommission" ausüben.

Anlass für den Appell der Gaswirtschaft ist einerseits die jüngst in Brüssel geäußerte Kritik, Österreich unternehme zu wenig, um

unabhängiger von russischen Gasimporten zu werden. Andererseits sorgen hierzulande die Pläne Berlins mit der Gasspeicherumlage für Unmut. Deutschland hebt diese Umlage seit Oktober ein und will sie ab Juli auf 1,45 Euro/MWh verdreifachen. Die Abgabe fällt nicht nur über deutsche Endkunden an, sondern auch für Gasmengen an Grenzübergabepunkten.

Das trifft somit auch Österreich und hier vor allem Tirol und Vorarlberg, die nur an das deutsche Gasnetz angebunden sind. Nach Berechnungen des FGW steigen damit die Kosten für Importe aus Deutschland auf 130 Mio. Euro pro Jahr. Diese Umlage verstoße "gegen Grundverträge der Europäischen Union", hieß es. Auch der Vorstand der E-Control, Wolfgang Urbantschitsch, hält die Umlage für "unionsrechtlich im höchsten Maß für bedenklich", erklärte er am Rande einer Veranstaltung in Wien. Österreich habe bereits Initiativen gesetzt, um gegen diese Maßnahme vorzugehen, so der Vorstand der Regulierungsbehörde.

Weinelt: Marktprämienmodell auch für Gas

Um den Anteil der Importe aus Russland zu senken, müsse die Produktion von Biogasen und vorübergehend auch die konventionelle Gasförderung im Inland gestärkt werden, so der Verband. Weinelt verweist hier auf das im Strombereich über das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz geltende Marktprämienmodell. Für Gas könnte genau das gleiche Fördermodell über schon bestehende Förderkanäle greifen, um "Rahmenbedingungen für eine Produktion von Wasserstoff und Biomethan zu wettbewerbsfähigen Preisen" zu schaffen.

Ausbau der Routen aus Süden und Norden

Allerdings kann Österreich auf absehbare Zeit weder seinen Bedarf für Gas noch für Wasserstoff im Inland decken. Um den Transport der Energieträger aus nicht-russischen Quellen zu gewährleisten, sei "dringend" die Infrastruktur auszubauen, so der FGW. Weinelt dazu: "Besonders relevant ist auf österreichischer Seite der Ausbau Richtung Deutschland und Slowenien." Auch solle sich die Regierung dafür einsetzen, dass Deutschland wie Italien ihre Netze für neue Transportrouten entsprechend ertüchtigen. /pm

Von Peter Martens

ENERGIEPOLITIK

Deca: "Keine Kompromisse bei Energieeffizienz"

Wien (energate) - Das neue Energieeffizienzgesetz (EEffG), das seit drei Jahren überfällig ist, muss sofort umgesetzt werden, fordert Deca, die Interessensvertretung der Energiedienstleister. Die Bundesregierung (ÖVP/Grüne) unternimmt am Donnerstag (1. Juni) einen weiteren Anlauf, das EEffG im Nationalrat zu beschließen. Da im neuen Antrag keine Verfassungsbestimmungen geändert werden, reicht eine einfache Koalitionsmehrheit für den Beschluss aus. Der vergangene Woche vorgelegte Entwurf des EEffG erforderte eine Zweidrittelmehrheit und scheiterte aufgrund fehlender Stimmen im Parlament.

Verpflichtung der Bundesländer

Deca appellierte im Vorfeld an die Verantwortlichen, den abgelehnten Entwurf nicht weiter zu verwässern. Denn dieser sei nach einem ausführlichen Stakeholder-Prozess konzipiert worden. Dabei wurde der ursprünglich im Regierungsprogramm vorgesehene Ansatz bereits deutlich abgeschwächt. Vor allem die Verpflichtung der Bundesländer sollte nicht aufgegeben werden, da diese bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen eine wichtige Rolle spielen. Der Pressedienst des Parlaments gab zu Wochenbeginn bereits bekannt, dass verpflichtende Energieeffizienzmaßnahmen für die Bundesländer entfallen und durch Richtwerte ersetzt werden sollen.

Klare Rahmenbedingungen

"Jeder Tag ohne klare Rahmenbedingungen hemmt Energiedienstleister dabei, smarte Lösungen - weg von fossilen Energieträgern und hohen Energiekosten - für ihre Kunden zu finden", betonte Deca-Obmann Josef Wolfbeißer. PV-Anlagen und andere erneuerbare Energieträger seien "unabdingbar", so Deca, aber ohne effiziente Nutzung der erneuerbaren Energien würden die Klimaziele verfehlt. Laut Dekarbonisierungsplan müsse der Energieverbrauch bis 2040 um die Hälfte reduziert werden.

Weiters sei Energieeffizienz eine wesentliche Maßnahme, um den Inflationsdruck zu mindern. Außerdem schütze sie vor strategischen und ökonomischen Risiken. Von einem "wirksamen Energiespargesetz" würden von Privathaushalten, Verkehr, Industrie, Gewerbe bis E-Wirtschaft alle profitieren, so Deca. Ein rasch umgesetztes EEffG könnte hohe Strafzahlungen, welche die EU-Kommission aufgrund des Verfehlens der verpflichtenden europäischen Effizienzziele verhängt, noch verhindern. **/imk**

Von Irene Mayer-Kilani

GASPREISENTWICKLUNG

Gas im Großhandel so billig wie zuletzt 2021

Wien (energate) - Die Gaspreise im Großhandel fallen weiter und dieser Trend setzt sich aus heutiger Sicht bis Ende des Jahres fort. Das zeigen sowohl die Notierungen an der Wiener Gashandelsplattform CEGH als auch an der niederländischen TTF. In mehreren relevanten Futures erreicht der

Preis für eine Megawattstunde Niveaus vom Sommer 2021, also viele Monate vor Beginn des Ukrainekriegs. Auch der von der Österreichischen Energieagentur für den heurigen Juni errechnete Gaspreisindex ÖGPI gibt zum achten Mal in Folge nach. Der Index fällt im Monatsabstand um 14 Prozent, im Jahresabstand liegt der Kennwert um 63 Prozent tiefer.

Abwärtstrend ab Ende 2023

Die Teuerung der Gaspreise im Großhandel hat im Spätsommer 2021 eingesetzt und sich dann ab Februar 2022 mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine massiv verstärkt. Der Abwärtstrend wiederum begann Ende des Vorjahres - maßgeblich bedingt durch neue LNG-Terminals, und weil es europäischen Gasunternehmen gelungen ist, neue Lieferrouten zu erschließen.

Preis für Frontmonat Juni unter 24 Euro/MWh

An der CEGH kostet derzeit Gas für die Lieferung am nächsten Tag und ebenso für den Frontmonat Juni rund 26 Euro/MWh. Die Lieferung für das gesamte nächste Jahr ist 46 Euro/MWh wert. Aufschlußreich für das gesamteuropäische Bild ist der Blick auf die niederländische Gashandelsplattform TTF. Dort kostet aktuell die Lieferung für den Frontmonat Juli 26,40 Euro/MWh - also so viel wie zuletzt Ende September 2021. Diese Woche hat dieser Futurekontrakt schon einmal die Marke von 24 Euro unterschritten, was dem Preisniveau vom Juni 2021 entspricht.

Die Lieferungen für den kommenden Winter verteuern sich zwar wieder saisonbedingt, kosten aber trotzdem deutlich weniger als zuletzt. So ist der Future für das erste Quartal 2024 rund 45 Euro/MWh wert - dasselbe Niveau wie im Februar 2022 und damit vor Beginn des Ukrainekrieges. Zum Vergleich: Im August des Vorjahres, als die Unsicherheit beim Thema Gas am höchsten war, kostete dieser Kontrakt mehr als 270 Euro/MWh.

Gaspreise weit von früheren Niveaus entfernt

Die aktuellen Großhandelspreise zeigen aber auch, dass die Gaspreise nach wie vor weit von dem Niveau entfernt sind, das sie vor rund zwei Jahren hatten. So ist der Preis für die Lieferung im Kalenderjahr 2025 zuletzt auf rund 41 Euro/MWh und damit auf das Niveau vom April des Vorjahres gesunken. Allerdings war dieser Kontrakt vor genau zwei Jahren noch weniger als 17 Euro wert. **/pm**

Von Peter Martens